

Frau Kommissarin
M. Fischer Boel
Europäische Kommission
GD Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
Rue de la Loi 200
B-1049 Brüssel.

Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen
c/o Oxfam Deutschland e.V.
Greifswalder Str. 33a
10405 Berlin

Berlin, den 6.8.2007

Europäische Transparenzinitiative braucht Fortschritte statt Rückschritte

Sehr geehrte Frau Kommissarin Fischer Boel,

die „Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen“, ein Zusammenschluss von 36 Organisationen aus den Bereichen Entwicklung, Umwelt, Verbraucherschutz, Tierschutz, bäuerliche Landwirtschaft und Demokratie & Transparenz, nimmt mit Sorge zur Kenntnis, dass Sie von Ihrer anfänglich deutlichen Unterstützung der Transparenz Abstand genommen haben. Angesichts der Tatsache, dass die Ausgestaltung der Transparenzkriterien bei EU-Agrarsubventionen¹ nicht abschließend diskutiert wurde, möchten wir Sie bitten, in der Sommerpause Ihre ablehnende Haltung hinsichtlich einer aussagekräftigen Aufschlüsselung der Fördergelder zu überdenken.

Wie die FAZ in ihrer Ausgabe vom 23.05.2007 berichtet, verteidigen Sie die begrenzte Offenlegung der Agrarbeihilfen mit dem Argument, dass der Steuerzahler immerhin nun nachprüfen könne, wie viel Geld ein Landwirt insgesamt im Jahr aus Brüssel erhält. Knapp ein Jahr zuvor hatten Sie in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau am 24. April 2006 noch erklärt: „Die Menschen sollten wissen, wofür ihr Geld ausgegeben wird“ und in einer Rede vom 17. Juli 2006 setzten Sie sich ebenfalls noch für eine Ausweisung des Verwendungszwecks von EU-Geldern ein.

¹ Vorschlag für eine VERORDNUNG DES RATES zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik. KOM(2007) 122 endgültig. Brüssel, den 20.3.2007.

Damals sagten Sie: „Telling the public about who gets how much money is only half of the story. The other half is explaining what the money is for.“

Wir teilen diese von Ihnen anfänglich geäußerte Ansicht. Die „Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen“ gibt sich mit der „halben Wahrheit“ nicht zufrieden. Eine Europäische Transparenzinitiative, die den Verwendungszweck der EU-Gelder weiterhin geheim halten will, verdient diesen Namen nicht. Denn das Verschweigen des genauen Verwendungszweckes von EU-Geldern widerspricht einem der Grundgedanken der Transparenzinitiative: *„Die Europäische Kommission hat sich verpflichtet, das Bewusstsein der Öffentlichkeit für die Verwendung von EU-Geldern zu schärfen (...) Die Kommission ist für die Ausführung des Gemeinschaftshaushalts zuständig. Sie ist vor dem europäischen Steuerzahler rechenschaftspflichtig (...).“*²

Aus unserer Sicht wird das Vertrauen der Öffentlichkeit in die EU bereits auf eine harte Probe gestellt, indem die EU-Gelder nicht rechtzeitig vor dem sog. „Health Check“, sondern erst im Jahr 2009, offen gelegt werden. Für die Debatte über die Zukunft der Europäischen Agrarpolitik ist es aus Sicht der Zivilgesellschaft um so wichtiger, EU-weit stichhaltige Daten zur Mittelverwendung zur Verfügung zu haben. Dazu bedarf es der Offenlegung der Empfänger, der genauen Summe(n) und der präzisen Nennung des jeweiligen Förderzwecks. Der Aufwand ist aus unserer Sicht überschaubar und inhaltlich notwendig. Ein Betrieb wird i.d.R. nur 3-6 Einzelbeihilfen in Anspruch nehmen.

Die „Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen“ sieht in der weitreichenden Transparenz - ausdrücklich auch aus Sicht bäuerlicher Erzeuger – nicht etwa eine Gefahr, sondern eine Chance, um Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern darzulegen, wie staatliche Mittel sinnvoll, d.h. auch im gesellschaftlichen Interesse eingesetzt werden können. Repräsentative Umfragen haben ergeben, dass eine Mehrheit der Bürger u.a. eine umweltgerechte Landwirtschaft, eine artgerechte Tierhaltung sowie die Pflege von Landschaft und wertvollen Naturschutzgebieten für förderwürdig halten. Auch ist die Frage des Zusammenhangs zwischen Fördermittelvergabe und den von den Empfängern bereitgestellten Arbeitsplätzen wichtig, um die gesellschaftlich gewünschte Beschäftigungsleistung der Betriebe beurteilen zu können. Transparenz ist vor allem in den Dienst einer gesellschaftlichen Diskussion über die sinnvolle Vergabe von Steuermitteln zu stellen, d.h. den Fördermitteln müssen Leistungen der Empfänger gegenübergestellt werden.

In zahlreichen Umfragen und Konsultationen wurde immer wieder deutlich, dass die Öffentlichkeit in der Agrarbranche auch Probleme sieht. Etwa bei der Tierhaltung, dem Einsatz von Gentechnik oder dem Umgang mit Wasser gibt es Erwartungen seitens der EU-Steuerzahler, die nicht von allen Agrarbetrieben erfüllt werden. Um hier zu einer Lösung zu kommen, müssen unserer Ansicht nach die Geldgeber, in diesem Fall die EU-Bürger, erfahren können, wer wofür wie viel Subventionen erhält. Wenn an dieser Stelle weiterhin Heimlichtuerei die Politik bestimmen sollte, könnte dies erneut eine Vertrauenskrise zur Folge haben.

Aus den oben genannten Gründen, möchten wir Sie, Frau Kommissarin, bitten, sich ohne Einschränkung dafür einzusetzen, dass der Name des Empfängers, die Höhe

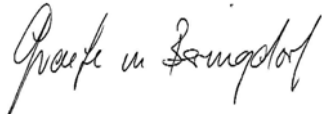
² Grünbuch Transparenz, KOM 2006

der Zuwendung und der genaue Verwendungszweck von EU-Agrarsubventionen ausgewiesen werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. für die „Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen“

AbL



Friedrich-Wilhelm Graefe
zu Baringdorf
Bundesvorsitzender

BUND



Olaf Bandt
Geschäftsleitung

Oxfam Deutschland e.V



Paul Bendix,
Geschäftsführer

Deutscher
Tierschutzbund e.V.



Wolfgang Apel
Präsident

Germanwatch e.V.



Dr. Gerold Kier
Geschäftsführer

NABU



Leif Miller
Bundesgeschäftsführer

Die „Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen“ wird unterstützt von folgenden Organisationen:

1. Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)
2. AgrarBündnis
3. ATTAC Agrarnetz
4. Brot für die Welt
5. Buko Agrarkoordination
6. Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND)
7. Deutscher Naturschutzring (DNR)
8. Deutscher Tierschutzbund e.V. (DTSchB)
9. Evangelischer Entwicklungsdienst (EED)
10. Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugend im ländlichen Raum (BAG Ejl)
11. Stiftung Europäisches Naturerbe (Euronatur)
12. FIAN
13. Forum Umwelt und Entwicklung
14. Gerechtigkeit jetzt!.
15. Germanwatch
16. Greenpeace
17. GRÜNE LIGA Thüringen e.V.
18. IG Bauen Agrar Umwelt
19. INKOTA-netzwerk e.V.
20. Misereor
21. Naturschutzbund Deutschland (NABU)
22. Netzwerk Recherche
23. Neuland e.V.
24. Oxfam Deutschland e.V.
25. Pakt e.V.
26. PROVIEH-VgtM e.V.
27. Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. (PAN Germany)
28. Transparency International Deutschland e.V.
29. VEN Niedersachsen
30. Verbraucher für unbelastete Nahrung
31. Verbraucher Initiative e.V.
32. Vier Pfoten – Stiftung für Naturschutz
33. Weltladen-Dachverband
34. WEED
35. WWF
36. Waldbauernverband Brandenburg e.V.